

# Chinas Aufstieg zur Wirtschaftsmacht

## Eine Zwischenbilanz vor der dritten Reformphase

Von unserem Korrespondenten in Peking, Urs Schoettli

Seit den von Deng Xiaoping instruierten Reformen hat Chinas Wirtschaft eine spektakuläre Entwicklung durchlaufen. Nach dem Ausbruch aus der Planwirtschaft sollte die Erneuerung zunächst auf einige kapitalistische Enklaven beschränkt werden, doch die einmal freigesetzte privatwirtschaftliche Dynamik liess sich nicht lange bändigen. Heute steht das Land vor einer neuen Phase seines Aufstiegs zur globalen Wirtschaftsmacht.

Wirtschaftswunder hat es in einer Reihe von Ländern gegeben, so sie sich nach einer nationalen Katastrophe zu einem radikalen Neubeginn aufraffen konnten. Moderne Schulbeispiele sind die Bundesrepublik Deutschland und Japan. In beiden Fällen musste nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg praktisch am Nullpunkt begonnen werden. In einer ähnlichen Lage befand sich China im 20. Jahrhundert gleich zweimal, nach dem Ende des Bürgerkriegs und nach dem Ende der Herrschaft von Mao Zedong.

### Pioniergeist und Ahnenkult

Die in den späten siebziger Jahren einsetzende wirtschaftliche Erneuerung im Reich der Mitte unterscheidet sich aber in zweifacher Hinsicht vom Neubeginn in Japan und Deutschland. Zum einen erhielt China nicht jenen massiven amerikanischen Anstoss, wie dies mit dem Marshallplan für Deutschland und während des Korea-Kriegs für Japan der Fall war. Weder quantitativ noch qualitativ liess sich das, was die Sowjetunion vor dem historischen Bruch mit Peking an Hilfe leistete, damit vergleichen. Zum andern hatte der Krieg in Japan und Deutschland zwar enorm viel materielle Substanz gekostet, doch hatte in den Ruinen eine Bevölkerung überlebt, die ein gutes Bildungsniveau besass, das sich nicht mit dem vergleichen liess, was in China nach dem Ende des Bürgerkriegs und erst recht nach den Verheerungen der Kulturrevolution vorhanden war.

Vor diesem Hintergrund ist das chinesische Wirtschaftswunder umso bemerkenswerter. Blickt man auf die Ursprünge dieses beispiellosen Aufbruchs, so findet sich in China ein Phänomen, das weder in Deutschland noch in Japan beim Wiederaufbau eine ausschlaggebende Rolle spielte. Es handelt sich um das, was man als «Diaspora» bezeichnen könnte. Ein Blick in die Statistiken der Auslandsinvestitionen in China zeigt, dass bisher der bei weitem grösste Anteil auf Anleger entfallen ist, die chinesischer Abstammung sind. Es sind dies im Wesentlichen zwei Gruppen, einerseits die Chinesen, die teilweise bereits vor mehreren Generationen nach Übersee, vor allem in die USA und nach Südostasien, ausgewandert sind, andererseits die Einwohner von Hongkong, Macao und Taiwan. Als Deng Xiaoping die Öffnung der chinesischen Wirtschaft in Gang brachte, lag es in seiner Macht, die Investitions- und Produktionsbedingungen attraktiv zu gestalten, doch konnte er den überseechinesischen Investoren natürlich keine Order geben, ihr Geld in China anzulegen. Es sollten ihm zwei kulturelle Faktoren zu Hilfe kommen. Zunächst konnte China vom sprichwörtlichen Unternehmens- und

Pioniergeist der chinesischen Überseegemeinschaften profitieren. In geradezu exemplarischer Weise schaffen es Chinesen in der Fremde, sich an die neue Umgebung anzupassen und geschäftstüchtig jede sich bietende Chance zu nutzen. Gleichzeitig, und dies sollte sich als ein zweites Positivum für die festlandchinesische Modernisierung herausstellen, bleiben die Auswanderer über Clan-Verbindungen meist ihrem ursprünglichen Herkunftsort verbunden. Über Generationen hinweg bemühen sie sich auch in weiter Ferne, die Verbindung zum Land der Vorfahren nicht zu verlieren und die Gräber der Ahnen in Ordnung zu halten. Besonders offenkundig sind diese Bindungen natürlich bei den Festlandchinesen, die nach dem Ende des Bürgerkriegs nach Taiwan ausgewandert waren oder in Hongkong unter der britischen Herrschaft Zuflucht gefunden hatten.

### Dynamik der Freiheit

China sieht sich heute mit einer Reihe ökonomischer Herausforderungen konfrontiert, von denen manche nicht dem Versagen, sondern vielmehr der erfolgreichen Umsetzung der Reformpolitik zuzuschreiben sind. Es liegt in der Natur eines Prozesses, der bei einer vollständig geschlossenen Wirtschaftsordnung seinen Ausgang genommen hat, dass er mit wachsender Öffnung der Wirtschaft immer komplexer und damit auch störanfälliger wird. Die Lancierung der in der Tat historischen Reformen durch Deng Xiaoping hatte Weitsicht und Zivilcourage gebraucht, wurde aber, sobald die Dinge in Fluss kamen, praktisch zu einem Selbstläufer. Das eigentliche Wirtschaftswunder nahm auf dem Land seinen Ausgang, wo die Bauern aus ihrer ökonomischen Versklavung befreit wurden. Die Folge davon war nicht nur ein Quantensprung in der Agrarproduktion, sondern auch ein kräftiger Impuls für die Industrieproduktion, die davon profitierte, dass eine vom planwirtschaftlich verordneten Ressourcentransfer in die Städte befreite Bauernschaft die Nachfrage nach Industriegütern, vom Kunstdünger über landwirtschaftliche Maschinen bis zu Konsumgütern, stimulieren konnte. In den achtziger Jahren kamen Auslandsinvestitionen und die Produktion für den Export als weitere Wachstumsmotoren hinzu, und auch hier nahmen sich die Anfangserfolge umso spektakulärer aus, als das Land praktisch am Nullpunkt hatte beginnen müssen.

Erklärtes Ziel dieser ersten Reformrunde war nicht die Beseitigung des Sozialismus. Die Absicht war, durch eine sektorielle Lockerung der Planwirtschaft die Effizienz des bestehenden Sys-

tems zu steigern. Es wurde deshalb die Liberalisierung zunächst auch geographisch eng umrissen und auf die sogenannten wirtschaftlichen Sonderzonen beschränkt. Müssig ist es heute, zu spekulieren, ob die Führung sich von Anfang an darüber im Klaren war, dass der Modernisierungsprozess auf Dauer nicht auf einige Enklaven beschränkt werden konnte. Deng Xiaoping dürfte sich jedenfalls kaum Illusionen über die Kräfte gemacht haben, die er freigesetzt hatte. In einer zweiten, in den frühen neunziger Jahren beginnenden Entwicklungsphase sah sich China gezwungen, der neuen Dynamik auf der makroökonomischen Ebene Rechnung zu tragen. Die immer weitere Kreise ziehende Öffnung liess offenkundig werden, dass ein Grossteil der Staatsbetriebe an den Bedürfnissen der Märkte vorbeiproduzierte und dass der dominante Staatssektor das Wachstum und die Erneuerung der chinesischen Wirtschaft zu strangulieren drohte. Der Reformkurs musste nun auf zwei Gleisen vorangetrieben werden. Einerseits liess sich eine kräftige Redimensionierung der schwer defizitären staatlichen Unternehmen nicht mehr umgehen, andererseits mussten die Institutionen und Instrumente, die für eine erfolgreiche Entwicklung in Richtung Marktwirtschaft unerlässlich sind, mit beschleunigter Geschwindigkeit geschaffen werden.

In der ersten Reformphase hatten sich die Kritik und die Bemühungen zu Blockierungen seitens der Konservativen in der chinesischen Elite auf die ideologische Verunreinigung konzentriert, die aus ihrer Sicht mit der Einführung des Sozialismus mit chinesischem Gesicht einherging. In der zweiten Reformphase wurde für die «Strukturkonservativen» die Bedrohung viel handfester. Zum einen sahen sie in der Reduktion des Staatssektors, die in den neunziger Jahren richtig in Gang kam, eine direkte Bedrohung ihrer Machtbasis. Zum andern fürchteten Maos Adepten die Abkehr vom totalen Selbstversorgungsprinzip wie der Teufel das Weihwasser. Die Rückständigkeit von Chinas Wirtschaftsstrukturen erforderte jedoch, dass sich, sollte die Dynamik der Reformen über den anfänglichen Schub hinaus bewahrt werden, das Land rasch in die Weltwirtschaft integrieren musste. Auf der einen Seite war China, da es nach einem halben Jahrhundert Kommunismus über kein einheimisches Privatkapital verfügte, auf den massiven Zufluss von Auslandsinvestitionen angewiesen. Auf der andern Seite brauchte man eine rasche Steigerung der Exporte, um die wegen geringer Kaufkraft ungenügende heimische Nachfrage zu kompensieren. Die zweite Reformphase gipfelte folgerichtig in Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO).

### Stimulierung der Binnennachfrage als Herausforderung

Derzeit steht China gleichzeitig mit dem Generationenwechsel an der Spitze von Partei und Staat am Wendepunkt zur dritten Reformphase. Etliche Akzente sind von der abtretenden Führung bereits gesetzt worden. Der 16. Parteitag billigte die von Jiang Zemin betriebene Öffnung der Partei für unternehmerische Kräfte, wobei die wahre Tragweite dieses Entscheids noch nicht zu

ermitteln ist. Derselbe Kongress setzte für das Jahr 2020 das ambitiöse Ziel, das Volkseinkommen zu vervierfachen und in China eine «bescheidene Wohlstandsgesellschaft» zu errichten. Hinter diesen beiden Schritten steht die Erkenntnis, dass die Wirtschaftsentwicklung einen Punkt erreicht hat, wo das Unternehmertum nicht mehr bloss als lästige Notwendigkeit toleriert, sondern

als konstruktive gesellschaftliche Kraft akzeptiert werden muss. Zudem geht es um die vom abtretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji seit längerem propagierte Stimulierung der privaten Binnennachfrage. Zur vordringlichsten sozioökonomischen Herausforderung hat sich in jüngster Zeit die Arbeitslosigkeit entwickelt, die nicht nur von Entlassenen aus dem schrumpfenden Staatssektor, sondern auch von der Zuwanderung in die Städte und von den im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt absehbaren Umstrukturierungen in Chinas Landwirtschaft genährt wird.

Die Vermeidung und Bekämpfung einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, die systemgefährdende Proportionen annehmen kann, erfordert ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum. Dieses lässt sich aber nicht mehr im bisherigen Mass durch staatliche Finanzierung und durch die Exportwirtschaft stimulieren, ohne dass unverträglich hohe Risiken eingegangen würden. Zusammen mit der milliardenschweren Bürde von Problemkrediten, die auf den chinesischen Banken lastet, brächte eine weitere Eskalation der Staatsverschuldung das Finanzsystem ins Wanken. Eine Fortsetzung des bisher rapiden Wachstums der Exporte erhöhte nicht nur Chinas Abhängigkeit von der Weltkonjunktur, sondern rückte auch Peking noch mehr ins Visier von Protektionisten in den Absatzländern. Schon heute findet die Ansicht, dass Chinas Billigst-Exporte die Weltwirtschaft in eine deflationäre Spirale stürzten, viele willige Abnehmer. Der Ausgang aus diesem Dilemma liegt in der Zentrierung der chinesischen Wirtschaftspolitik auf die Binnennachfrage. Für das Gros der Bevölkerung nicht nur in den rückständigen ländlichen Regionen, sondern auch in den Städten hat die private Kaufkraft mit den rasanten makroökonomischen Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte nicht Schritt gehalten. Von Deng Xiaoping ist der Slogan überliefert, dass «reich zu werden wunderbar ist». In der dritten Reformphase geht es nun darum, dies für die grossen Massen Realität werden zu lassen.

#### Politische Konsequenzen

Seit Beginn des Reformprozesses und vor allem auch seit dem Ende des sowjetischen Regimes wird die Frage diskutiert, auf welche Weise die Wirtschaftsreformen Chinas politisches System verändern würden. Ausländische Wirtschaftsführer, die auch nach der Katastrophe von 1989 die Kooperation mit China befürworteten, argumentierten, dass die wirtschaftliche Modernisierung des Landes über kurz oder lang auch politische Konsequenzen haben werde. Zu Beginn der dritten Reformphase scheint sich diese Ansicht als richtig zu erweisen. Zwar ist in China noch nicht das Zeitalter von Glasnost angebrochen, doch ist nicht zu übersehen, dass der Reformprozess im Lauf der Zeit nicht nur wirtschaftlich immer komplexer geworden ist, sondern auch immer weiter reichende soziale Veränderungen in Gang gebracht hat und dass diese in naher Zukunft von

wachsender politischer Relevanz sein werden. Solange die Modernisierung auf Sonderzonen und auf Exportproduktion fokussiert war, spielte der einheimische Konsument eine vernachlässigbare Rolle. Dies hat sich in den letzten Jahren drastisch zu ändern begonnen. Immer ausgeprägter wird vom Konsumenten erwartet, dass von ihm wichtige, ja ausschlaggebende Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgehen. Konkret spiegelt sich dies derzeit im raschen Ausbau des Hypothekar- und Konsumkreditwesens wider.

In der dritten Reformphase wird somit die Schaffung von Privateigentum kräftigen Auftrieb erhalten. Dabei wird von immer mehr Menschen erwartet, dass sie ökonomische Entscheide, die für ihre Zukunft von grosser Tragweite sind, selbst treffen. Anstatt in einer vom Staatsbetrieb zur Verfügung gestellten Wohnung zu leben und sein Kind in den ebenfalls von der Firma bereitgestellten Kindergarten zu schicken, geht nun das Ehepaar Wang die finanziellen Verpflichtungen ein, die der Kauf eines eigenen Apartments mit sich bringt, und es legt Geld auf die Seite für eine gute Ausbildung seines Kindes. Wer solche Verantwortung übernimmt und Vermögen akkumuliert, wird zwangsläufig auch seine politischen Interessen neu gewichten. Im Besonderen wird er sich die Frage stellen, weshalb man als Konsument auf dem Markt weitreichende Entscheide treffen kann und muss, als Bürger aber in der Politik nichts zu sagen hat. Auch wenn noch viele Jahre ins Land gehen werden, bis eine Mehrheit der Chinesen zur Mittelschicht gehören wird, so wird bei einer ungebrochenen Fortsetzung der Dynamik, welche die sozioökonomischen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte geprägt haben, rasch mit einer kritischen Masse von selbstbewussten Bürgern zu rechnen sein, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch in den reicheren ländlichen Regionen. Mit dem vom jüngsten Parteitag gebilligten Ziel, in China eine Wohlstandsgesellschaft zu errichten, setzt die KPC selbst auf eine solche Entwicklung.

Bei solchen Perspektiven liegt es nahe, dass drei der wichtigsten Herausforderungen, denen sich die neue Führungsgeneration zu Beginn der dritten Reformphase stellen muss, einen ausgeprägt politischen Charakter haben. Es geht dabei um den Gewinn von Legitimität, um die Bekämpfung von Korruption und um die Bewältigung des wachsenden Reichtumsgefälles nicht nur zwischen den verschiedenen Landesteilen, sondern auch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Die wirtschaftlichen Sonderzonen waren die Wegmarken der ersten Reformphase, stets neue Rekorde bei den Auslandsinvestitionen und beim Aussenhandelsüberschuss prägten die zweite Phase, politische Erneuerung und insbesondere die Schaffung eines modernen Rechtsstaats könnten zu den Kennzeichen der dritten Reformphase werden.